.1

Satzung zum Bebauungsplan Nr. 7 der Gemeinde Rettenberg für das Gebiet "Hohenbühl", Ort Rettenberg

Die Gemeinde Rettenberg erläßt aufgrund der §§ 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGB1. I S. 341) und des Art. 107 Abs. 4 der Bayer. Bauordnung (BayBO) vom 1. August 1962 (GVB1. I S. 179) i. d. Fas. d. Bek. v. 1.10.1974 (GVB1. S. 513) und der Art. 23 und 24 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) i. d. Fas. d. Bek. vom 5. Dezember 1973 (GVB1. S. 599) folgende mit Bescheid des Landratsamtes Oberallgäu in Sonthofen vom 7.3 [FAz] [Schenenmigte Satzung.

SATZUNG

§ 1

- 1. Für den Planbereich gilt die von Ing.-Arch. Rudolf Dengel, Rettenberg, am 30. Juli 1975 gefertigte Bebauungsplanzeichnung. Sie ist Bestandteil dieser Satzung.
- 2. Außerdem gelten die nachfolgenden Festsetzungen.

9 2

Art der baulichen Mutzung

- 1. Nach § 1 der VO über die bauliche Nutzung der Grundstücke Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S.429) i. d. F. v. 26.11.1968 (BGBl. I S.1237) wird das im Geltungsbereich liegende Baugebiet als allgemeines Wohngebiet (WA) im Sinne des § 4 BauNVO festgelegt. § 4 Abs. 1,2,3 und 4 BauNVO werden Bestandteile dieser Satzung. Weiterhin werden §§ 12, 13 und 14 Abs.2, BauNVO Bestandteile dieser Satzung.
- 2. Die Errichtung von Nebengebäuden, die im Bebauungsplan nicht vorgesehen sind, ist nicht gestattet, auch wenn sie nicht der bauaufsichtlichen Genehmigungspflicht unterliegen.
 Ausnahmen können aus besonderen Gründen zugelassen werden, wenn dadurch die beabsichtigte Gestaltung des Straßen-, Ortsoder Landschaftsbildes nicht beeinträchtigt wird.

§ 3

Maß der baulichen Nutzung

- 1. Innerhalb des Geltungsbereiches sind die Hauptgebäude mit der im Bebauungsplan festgesetzten Geschoßzahl herzustellen.
- 2. Die höchstzulässige Grundflächenzahl (GRZ) beträgt für dieses Gebiet 0,3.
- 3. Als höchstzulässige Geschoßflächenzahl (GFZ) wird o,6 bei zweigeschoßiger Bebauung festgesetzt.

6 4

Bauweise und bauliche Gestaltung

- 1. Im Bebauungsgebiet gilt die offene Bauweise.
- 2. Die Hauptgebäude haben Satteldächer zu erhalten. Bei der Bebauung des Gebietes ist grundsätzlich der heimische alpenländische Charakter zu wahren.
- 3. Garagen dürfen in diesem Gebiet nur massiv errichtet werden.
- 4. Die Dachneigung ist zwischen 20° und 24° zu begrenzen.
- 5. Die Dächer sind mit rotbraunen, engob. Falzpfannen oder in Struktur und Farbe ähnlich wirkendem Material einzudecken.
- 6. Kniestöcke sind nur zulässig, wenn die Höhe, gemessen von Oberkante Decke bis zum Schnittpunkt Außenkante des aufgehenden Mauerwerkes und der Oberkante Sparren, höchstens 1,50 m beträgt.

 Dei zwei Vollgeschoßen im waagrechten Solände beträgt die Kniestockhöhe maximal So cm
- 7. Dachaufbauten (Gauben) sind unzulässig.
- 8. Alle Gebäude sind mit Außenputz zu versehen. Auffallend gemusterter oder grobkörniger Putz ist zu unterlassen. Die Verwendung von grellwirkenden oder kontrastierenden Farben ist unzulässig.
- 9. Die Einzäunung der Grundstücke an öffentlichen Straßen darf nur mit einem Staketenzaun, Hanichelzaun oder drei querlaufenden Brettern, die Natur zu belassen sind, erfolgen. Zwischen den Grundstücken sind auch Drahtgeflechtzäune, jedoch nur mit Hinterpflanzung, zulässig.
- 10. Die Höhe der Einfriedungen einschließlich des Sockels darf 1,0 m über Straße nicht überschreiten.
- Die Stellplätze für PKW dürfen zur Straße hin nicht eingefriedet werden.

- 12. Die Erdgeschoß-Fußbodenhöhe der einzelnen Gebäude ist nach den Geländeverhältnissen unter Berücksichtigung der Belange des Straßen-, orts- oder Landschaftsbildes von der Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde festzusetzen. (§ 9 Abs.1 Ziff. 1 d. BBauG Art.10 Abs.2 BayBO)
- 13. Für die Firstrichtung der Haupt- und Nebengebäude sind die Einzeichnungen im Bebauungsplan maßgebend.
- 14. Die Leitungen zur Versorgung der Anwesen im Planbereich mit elektrischem Strom sind unterirdisch zu verlegen. Soweit dies technisch nicht möglich ist, sind Freileitungen zugelassen.

§ 5

Die Größe der Baugrundstücke muß mindestens 600 cm, bei Doppelhäusern 800 cm betragen.

§ 6

Diese Satzung tritt nach § 12 BBauG mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft, das ist am

13.08.1977

Rettenberg, den 12.08.1977

Gemeinde Rettenberg 8971 Rettenberg / Allg.

BEGRÜNDUNG

zum Bebauungsplan Nr. 7 der Gemeinde Rettenberg vom 30. Juli 1975 für das Gebiet am "Hohenbühl"

betreffend die Grundstücke Fl.-Nr. 3, 3/2, 3/4, 4, 94, 94/4, 97, 98/8, 98/9, 99, 374.

Entwurfsverfasser: Ing.-Arch. Rudolf Dengel, 8971 Rettenberg Nr. 110

A) Planungsrechtliche Voraussetzungen

Der Bebauungsplan wurde aus dem z. Zt. ausgelegten Flächennutzungsplan entwickelt.

B) Lage, Größe und Beschaffenheit des Baugebietes

- 1. Das Baugebiet liegt ca. 250 m östlich des Ortskernes von Rettenberg und hat eine Größe von ca. 1,570 ha.
- 2. Die Entfernung des Baugebietes zu folgenden Anlagen und Einrichtungen beträgt:

Omnibushaltestelle	250	m
Kath. Pfarrkirche	400	m
Volksschule Rettenberg	500	m
Versorgungsläden	400	m
Freibad	500	m
Sportplatz	500	m

- 3. Das Gelände ist leicht hügelig und fällt nach Südosten mit einem Gefälle von ca. 18 % ab.
- 4. Als Baugrund findet sich fester, bindiger, mit Kies durchsetzter Boden vor.

Es sind keine Maßnahmen zur Herstellung eines tragfähigen und sicheren Baugrundes erforderlich. Durch eingelagerte Kies-schichten ist mit normalem Hangsickerwasser zu rechnen.

5. Folgende Bebauung ist bereits vorhanden:

Fl.-Nr. 3 Wohnhaus Fl.-Nr. 97 Wohnhaus

6. Es ist kein Baumbestand vorhanden.

C) Geplante bauliche Nutzung

1. Das Baugebiet ist in der Satzung zum Bebauungsplan als Allgemeines Wohngebiet (WA) festgelegt.

2. Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sollen insgesamt 12 Wohnhäuser mit Garagen und PKW-Stellplätzen neu errichtet werden.

3. Das Nettowohnbauland (= Gesamtfläche aller Wohnbaugrundstücke) umfaßt ca. 1,17 ha = 74,5 % Die Verkehrsflächen für die innere Erschließung umfassen ca. 0,40 ha = 25,5 % Somit umfaßt das Bruttowohnbauland ca. 1,57 ha = 100 %

Zu den jetzt vorhandenen 5 Wohnungen werden durch die Errichtung der möglichen Neubauten voraussichtlich noch 24 Wohnungen hinzukommen.

D) Bodenordnende Maßnahmen

Zur Verwirklichung des Bebauungsplanes und um zweckmäßig gestaltete Grundstücke sowie eine ordnungsgemäße Bebauung zu ermöglichen, ist eine Grenzregelung (§§ 80 ff BBauG) im nordöstlichen Teil des Baugebietes notwendig.

E) Erschließung

- 1. Die verkehrsmäßige Erschließung erfolgt durch eine 5,50 m breite Straße, die mit beiden Enden an das bestehende Ortswegenetz anbindet und mit einer Abzweigung eine Verbindung in Richtung Staatsstraße 2007 bildet. Für den Fußgängerverkehr wird jeweils ein 1,50 m breiter Gehweg entlang der neuen Straße angelegt.
- Die Wasserversorgung ist sichergestellt durch Anschluß an die vorhandene zentrale Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Rettenberg.
- 3. Die Abwässer sind vorerst in Faulgruben zu klären. Für die geplante zentrale Kanalisation der Gemeinde werden die Sammel-leitungen mit dem Straßenbau verlegt. Nach Inbetriebnahme der Sammelkläranlage sind die Einzelkläranlagen stillzulegen und die Abwasser in die zentrale Kanalisation einzuleiten.

4. Die Stromversorgung ist gesichert durch Anschluß an das Versorgungsnetz der Elektrizitätsgenossenschaft Rettenberg.

F) Überschlägig ermittelte Kosten

1.	Straßen -	ohne Gr	undei	cwerbs	skosten	-				
		ca.	535	lfm	à		300	DM	160	500
2.	2. Kanalisation									
		ca.	480	lfm	à		200	11	96	000
	Anschlußleitungen									
			14	Stck	à	1	200	11	16	800
3. Wasserversorgung										
		ca.	350	1fm	à		90	11	31	500
										()
			Summe				DM	304	800	

Rettenberg, den 5.8.1975 Der Entwurfsverfasser: Rettenberg, den 20. Aug. 1975 / Gemeinde Rettenberg:

RUDOLF DENGEL ING.-(GRAD,) ARCHITEKT BDB 8971 RETTENBERG/ALLG. TELEFON, (08322) 7043

Gemeinde Rettenberg

8971 Rettenberg/Allg. 1. 3 gm.